

„Tarnowitzer Glöcklein“

Glück auf!

Gernsprecher Nr. 558.

Postkarte Nr. 75.

Postcheck-Konto:
A. Sauer und Komp.
Breslau Nr. 803.

Sonntags-Beilage zum Tarnowitzer Kreis- und Stadtblatt.

Nr. 18.

Tarnowitz, den 18. September 1921.

1. Jahrgang.

Abendstimmung im Dramatale.

Es plätschert zwischen sanften Höhen
Ein Bachlein silberklar und hell,
Viel Leut' an ihm vorübergehen,
Dem fröhlich munteren Gesell.

Die Erlen neigen ihre Gipfel
Und flüstern einen Gruß sich zu,
Die Blätter rascheln in den Wipfeln
Und wiegen die Natur in Ruh.

Hier unter grünem Laubendache
Die Drama ihre Lieder singt,
Vom Wind im dichten Blättersache
Die schönste Melodie erklingt.

Und auf den weiten saft'gen Wiesen
Die Elsen wiegen sich im Tanz,
Wenn durch die Zweige sich ergießen
Die letzten Strahl'n im Abendglanz.

Wie schön ist hier die Abendsonne,
Wenn goldenrot und märchenhaft,
In ihres Glanzes vollster Wonne
Sie untergeht in Meeres Nacht.

Mit tiefstem Rot ist übergossen
Der hohe Wald und das Gefild,
Von Feuer scheint Natur umflossen,
Ein leuchtend, farbenfrohes Bild.

Die Drama lispet ihre Weisen
Begleitet von dem leisen Wind,
Und rote Sonnenstrahlen reisen
In Wald und über Höhn geschwind.

Dann sitz' ich still und lausche träumend
Bewegter Wellen fernem Sang,
Das Rauschen in den Dramabäumen
Dazu gibt einen schönen Klang.

Hier kannst du wahren Frieden finden
Wenn draußen Brüder sich entzwein,
Hier kannst du deine Leiden künden
Dem lieben Herrgott, Vater dein.

Oskar Golombek, Wieschowa.

Kurzer Ueberblick über das Schulwesen der Stadt Tarnowitz, besonders vor dem 19. Jahrhundert.

Bemerkung: Wenn wir in den nachstehenden Zeilen den Versuch machen, einen kurzen Ueberblick über unser Schulwesen zu geben, so soll nicht verschwiegen werden, daß dies nur lückenhaft geschehen konnte, weil es an einschlägigem Material fehlte. Die gebotenen Notizen verdanken wir vorzugsweise den hinterlassenen Aufzeichnungen des verstorbenen Lehrers Wissler, der mit einem wahren Bienenfleise gesammelt, leider aber nicht geordnet hat. Wenn es den Anschein erwecken könnte, als sei das ev. Schulwesen zu wenig berücksichtigt, so verweisen wir auf Pastor Bojanowski's „Geschichte der ev. Kirchengemeinde zu Tarnowitz“, in welcher das ev. Schulwesen gründlich beleuchtet ist.

Unsere alte, freie Bergstadt erhielt im Jahre 1526 die Stadtrechte und stand unter dem gemeinsamen Schutz des Markgrafen Georg von Brandenburg und des Herzogs von Oppeln. Die „Bergfreiheit“ zog besonders Bergleute aus

Franken herbei, die deutsch und evangelisch waren. Johann von Oppeln bewilligte 1531 für die Kirche einen gewissen Anteil vom Gewinn aus den Bergwerken*, wie noch andere Gefälle aus demselben und dem gemeinen Stadt-Einkommen, aus denen die Kirche, der christliche Prediger und die Schule zu unterhalten waren. Kirche und Schule wurden in demselben Jahre (1531) von den evangelischen Bewohnern auf der Stelle erbaut, wo noch heute die katholische Pfarrkirche und das alte katholische Schulhaus — im Volksmunde Burgverließ genannt — stehen.

1599 empfing Tarnowitz neben den anderen Vorrechten vom Markgrafen Georg Friedrich das Patronatsrecht, und der Rat der Stadt verpflichtete sich, die vornehmsten Einkünfte der Stadt zur Unterhaltung der Kirche und Schule zu verwenden.

Dieser Zustand währte bis zu den Unruhen des 30jährigen Krieges. Die Markgrafen führten mit dem Kaiser wegen der Herrschaft Beuthen, zu der Tarnowitz gehörte, einen langwierigen Rechtsstreit, der zu Ungunsten der ersten endete. Ein obersächsischer Spruch vom 17. Mai 1618 erkannte dem Markgrafen Johann Georg den Besitz der Herrschaft Beuthen für immer ab, und sie kam unter österreichische Lehnsherrschkeit.

Die Evangelischen verloren bald darauf ihre Kirche nebst Schule und hatten unter Religionsdruck schwer zu leiden. Viele von ihnen wanderten aus. 1630 fand die Übergabe der evangelischen Kirche und Schule an die Katholischen, 1631 die eigentliche Besetzung mit einem katholischen Priester aus Krakau statt. Dieser stellte einen katholischen (poln.) Rektor nebst einem Gehilfen aus Krakau an.

Es ist hier vorweg bemerkt, daß, sobald von einem Rektor die Rede ist, bis zum Jahre 1848 der Rektor regens (heute Chorrektor) gemeint wird. Er war Kirchenbeamter und erteilte außerdem den Kindern Unterricht.

Die katholische Geistlichkeit und Lehrerschaft sollte dieselben Einkünfte genießen, wie früher die evangelischen. Die evangelischen Lehrer hielten trotz verschiedener Verbote in Privathäusern ihre Schule offen. Der evangelische Magistrat und die Bürger betrachteten den katholischen Pfarrer und Schullehrer als Eindringlinge in ihre Kirche und Schule, und es entspann sich hieraus ein wenig erfreuliches Verhältnis.

Für die katholischen Kinder konnte nicht leicht ein geeigneter Lehrer beschafft werden, am allerwenigsten ein solcher, der der deutschen Sprache mächtig war. Der Pfarrer mußte den ersten besten Menschen anstellen, der notdürftig polnisch lesen und ebenso gut oder schlecht musizieren konnte. Hauptfache war eben der Kirchendienst, die Schule schien vollständig Nebensache zu sein. Deshalb konnte der katholische Lehrer sich mit seinen protestantischen Amtsbrüdern in geistiger Beziehung nicht messen.

Der Rektor regens war anfangs alleiniger Lehrer. Kantor und Organist hatten um diese Zeit noch nichts mit der Schule zu schaffen. Es kam aber vor, daß der Rektor zugleich das Kantorat und der Organist den Glöcknerdienst versah. Die Protestanten haben diese Unterschiede stets streng gewahrt. Erst später, nachdem mehrere Lehrer für nötig erachtet wurden, vereinigte man den Kantor- und Organisten-dienst mit einer Lehrerstelle. 1657 sollte ein besonderer Kantor angestellt werden, der zugleich Lehrer war. Organist

Kirche — um das Jahr 1800 — war in dieser Eigenschaft zuerst auch als Lehrer tätig.

Die Geistlichen kümmerten sich nicht um die Schule. Der Lehrer versah seinen Kirchendienst und trieb neben dem „Schulehalten“ noch andere Beschäftigungen. Er war nicht nur Kirchen-, sondern auch Stadtmusikant, spielte bei Hochzeiten und Bällen auf, durfte sich auch wohl mit der Schankwirtschaft etc. befassen. Ein netter Zustand, wenn die Kinder der Stadt an denselben Tischen unterrichtet wurden, an welchen der Lehrer Spirituosen verschänken durfte! Indessen hatte sich die katholische Pfarrschule bis zum 19. Jahrhundert nie wegen Überfüllung zu beklagen, sondern stand meistens leer; denn die katholischen Eltern, welche darauf sahen, daß ihre Kinder etwas lernen sollten, schickten sie meist in die evangelische „Winkel“-Schule.

Der erste katholische Geistliche, welcher auf die Schule sein Augenmerk richtete, war Alexander Klaybor. Er brachte zu Ende des Jahres 1665 beim Reichsgrafen Georg Friedrich von Händel zu Neudeck eine Beschwerde ein, die hauptsächlich darin bestand, daß die unkatholischen Schullehrer die katholische Jugend mit protestantischen Grundsätzen und Lehren verderben, was dem Willen Sr. Majestät des Kaisers geraden Wegs zwiderlasse. Zu Anfang des Jahres 1666 stellte der Pfarrer mit Vorwissen des Rates einen fähigeren katholischen Rektor an (Andreas Kuzmievitz oder Kuznicki), berief auch kurz darauf einen der deutschen Sprache mächtigen Kantor (Georg Kröczek), der in keiner Hinsicht den protestantischen Lehrern nachstand. Noch in demselben Jahre gewährte diesem zweiten katholischen Lehrer der Rat ein Gehalt von jährlich 33 Taler, während der Rektor 37 Taler erhielt.

Rektor und Kantor erhoben von den schulpflichtigen Kindern wöchentlich

- a. für das Buchstabieren 4 Denar (1 schlesischer Denar $\frac{4}{5}$ Pfq.)
- b. für das Lesen und Schreiben einschließlich des Religions-Unterrichtes 1 Sgr. und
- c. für das Rechnen besonders 6 Denar, wobei aber kein Kind gezwungen werden konnte, an allen diesen Unterrichts-Gegenständen teilzunehmen. Die meisten Kinder beschränkten sich auf den Unterricht in Religion und Lesen. Die Eltern nahmen ihre Kinder, sobald sie in einem Gebetbuch (an besondere Lesebücher war noch nicht zu denken) nur notdürftig lesen und ebenso den Katechismus auswendig gelernt hatten, sofort aus der Schule und bemühten (?) sich, die vorhandenen Lücken selbst auszufüllen, um des Schulgeldes entzogen zu sein. Von einem Schulzwang war noch keine Rede. Auch stand es jedem frei, seine Kinder zu dem Lehrer zu schicken, zu dem er das meiste Vertrauen hatte, von dessen Geschicklichkeit er sich für seine Kinder den meisten Nutzen versprach oder den Gevatterschaften oder freundschaftlichen Beziehungen eng verknüpfte. Die Folge davon war, daß die beiden Schulklassen die ungleichhartigsten Elemente in sich vereinigten. An aufsteigende Klassen dachte man noch nicht.

Das Schulgeld war so gering, daß es für beide Lehrer jährlich kaum 18 bis 20 Taler betrug. Es wurde gewöhnlich Sonnabend erhoben, und dann standen die Klassen leer, weil niemand Lust zeigte, das rückständige Schulgeld zu zahlen. Zur Besoldung gehörten noch die Collende-Gelder (pro Person etwa 8 Taler), die Beträge aus den Neujahrswünschen und den Kirchen-Nebeneinnahmen. Die Lehrer konnten bei diesem Lohn kaum bestehen, und daher erklärten sich die Nebenbeschäftigung, in denen damals niemand etwas Anstoßiges fand.

Das Musikmachen war bei den Tarnowitzer katholischen Kirchenbeamten und Lehrern die Haupfsache. (Ein Beweis dafür, daß Klaybor keine Wendung zum Guten in dieser Beziehung herbeigeführt hat.) Die oben erwähnten Uebelstände dauerten bis zum Jahre 1827, und die katholische Schule hat darunter namenlos gelitten. Fast jeden Montag fiel der Unterricht aus, weil die Schulhalter, die tags vorher musiziert hatten, „blau“ machten. Aehnlich lag die Sache nach jedem Hochzeits- und Balltage. Oft dehnte sich der „blaue Montag“ zu einer ganzen Woche aus. Bei Entrichtung des Schulgeldes kam dieser Ausfall in Abzug.

Das Tarnowitzer Schulwesen stand auf der niedrigsten Kulturstufe. Die Schulwohnung war äußerst ungesund und baufällig. — Konnte der Pfarrer einen deutsch sprechenden Schulrektor oder Kantor anwerben, — Selbstmeldungen kamen fast nie vor —, so war dies eine außerordentliche Erscheinung.

Hieraus erklärt sich auch, warum Pfarrer Klaybor mit seinem ver deutschen Sprache mächtigen Kantor Kröczek ganz besonders zufrieden war.

Klaybor verdrängte die hiesigen unlutherischen Schullehrer und setzte die Annahme und Unterhaltung eines zweiten katholischen Lehrers seitens des Magistrats durch. Seit 1713 wurde der Unterricht, den die Evangelischen ihren Kindern privat erteilen ließen, streng überwacht. Die Protestanten mußten bei Strafe die katholische Kirche besuchen und ihre Kinder in die katholische Pfarrschule, später — 1714 — in die Jesuitenschule schicken.

(Fortsetzung folgt.)

Innungen der freien Bergstadt Tarnowitz.

Die Bäckerzunft

bekam am 28. April 1719 vom Magistrat ihre Zunftprivilegien, bestehend in 40 Artikeln.

Die Artikel lauteten ursprünglich auf 12 erb- und eigne-tümliche Meisterbänke, welche untereinander künftig eine Ordnung im Bäcken festsetzen sollten.

Für jede Bank mußte zur gemeinen Stadtkafe am Anfang der Zunft ein Betrag von 15 schlesischen Talern eingezahlt werden; für künftig stand aber jedem Besitzer einer solchen Bank frei, selbige nach seinem Wohlgefallen zu veräußern, nur mußten bei jedesmaliger Besitzveränderung 4 Taler Inkarnationsgeld in die Stadtkafe gezahlt werden, ebenso mußten an die Stadtkafe von jeder Bank jährlich 4 Taler schlesische Binsen entrichtet werden.

Wer Meister werden wollte, der mußte vorher an Besitzgeld 1 schles. Taler 8 Silbergroschen bezahlen. Auch mußte der junge Meister nachweisen, daß er wenigstens ein Jahr auf der Wanderschaft war, oder wenn er dies nachzuweisen nicht vermochte, dafür 6 Taler, halb der Zechte, halb dem Magistrat bezahlen. Jeder Bäckermeister mußte seine eigenen Brothant und seinen eigenen Backofen haben; ebenso sein eigenes Ober- und Untergewehr.

Das Meisterstück bestand darin: Ein Gebäck von 5 Scheffel Weizen Breslauer Maize, einen Semmelteig nach Handwerksbrauch in Gegenwart zweier Aeltestler und zwei anderer dazu deputierten Meister wie auch des Beiflers zu machen.

Fiel das Gebäck schlecht aus, so mußte der junge Meister noch ein Jahr wandern oder das Gebäck wiederholen.

Nach gut vollbrachter Arbeit zahlte der junge Meister in die Zunftlade 6 Taler schlesisch und ein Achtel Bier; eines Meisters Sohn gab nur 3 Taler.

Beim Verkauf einer Brothant hatte ein einheimischer Meister vor einem Fremden das Nährrecht. Außer den zünftigen Meistern wurde kein Störer und Puscher im Handwerk geduldet. Nur mit Gerste- und Heidemehl und allerhand Grüze stand den hiesigen Einwohnern frei, Handel zu treiben. Die zünftigen Meister mußten die Stadt hinlänglich mit dem erforderlichen Gebäck versehen, bei Strafe, die der Magistrat nach Besund der Verschuldung festsetzte. Schlechtes Gebäck wurde zum Besten des Hospitals beschlagnahmt, und der schuldbige Meister verfiel in eine Strafe von 6 Groschen.

Ein Lehrjunge zahlte bei seiner Aufnahme in die Zunftlade 2 Taler, 3 Pfund Wachs und $\frac{1}{2}$ Achtel Bier und mußte 3 Jahre lernen. Beim Freisprechen zahlte der Lehrjunge 1 Taler, 2 Pfund Wachs und $\frac{1}{2}$ Achtel Bier.

Die Pfefferküchler sollten die Zunft mit den Bäckern halten, mußten aber ihre Bänke besonders vom Magistrat erwerben.

Starb jemand aus den Städtern, so mußte die Bäckerzunft einem solchen Begräbnisse beiwohnen.

Die Zunft war verpflichtet, dem Bergmeister, Bürgermeister, Stadtschreiber und den Ratmännern einem jeden zu Weihnachten einen anständigen Striezel zu machen.

Auf vielseitige Beschwerde der hiesigen Bürgerschaft, daß die Bäckerzunft die Stadt nicht hinlänglich mit dem nötigen Gebäck versorge, wurde diese Zunft im Februar 1722 wieder ausgehoben und erst in den achtziger Jahren desselben Jahrhunderts auf den ursprünglichen Grundlagen wieder ins Leben gerufen.

Die Tarnowitz Schützengilde.

Das wichtigste Fest der Tarnowitz Gilde seit ihrer Gründung bis auf die heutige Zeit ist das stets zu Pfingsten stattfindende Königsschießen geblieben. Es hat dagegen die Dotierung des Schühenkönigs-Gewinnes, der Gewinn der Marschälle, die Bedingungen, unter welchen diese Würden erworben werden mußten, die Art und Weise der Abhaltung des Schühenfestes im Laufe der Jahre mancherlei Veränderungen erlitten. So z. B. konnte noch bis zu den vierzig Jahren die Königs- und Marschallwürde auch von Schühen erworben werden, in deren Auftrage von Anderen die besten Schüsse für dieselben getan wurden. Der Schühenkönig mußte durch viele Jahre stets die Kosten der Krönung und die Bewirtung der Schühen tragen; der Gewinn war im Verhältnis zu den damit verbundenen Verpflichtungen sehr gering. Die Verhältnisse sind jetzt geordneter. Schühenkönig- und Marschallwürde kann seit Jahren nur derjenige Schüze erlangen, der selbst den Schuß getan. Dem Könige werden keine Opfer mehr auferlegt, außerdem er legt sich solche selbst auf. Die Kosten der Krönung und des darauffolgenden Schühenessens werden seit Jahren aus der Schühenkasse bezahlt. Schon seit Gründung der Gilde wurde von der Königl. Regierung zum Königsgewinn ein Beitrag von 4 Talern gespendet und diese Spende dauert noch fort. Seit fast 70 Jahren erhält die Schühenkasse einen Beitrag von 30 Talern aus Kommunalmitteln.

Im Jahre 1815 verfügte die Königl. Regierung, daß die hiesige Schützengesellschaft ihr gewöhnliches Königsschießen auf den 3. August als den Geburtstag des Königs verlegen sollte. Der Schühenvorstand wandte sich an den Magistrat um Beibehaltung des gewöhnlichen Termines. Der Magistrat sandte hierauf eine Petition an die Militär-Deputation der Königl. Regierung zu Breslau, folgenden Inhalts:

Hochpreisliche Militär-Deputation der K. Reg.
zu Breslau.

Vermöge der hohen Verfügung vom 7. Juni v. J. haben wir der hiesigen Schützengesellschaft unter abschriftl. Mitteilung derselben aufgegeben, daß hier gewöhnliche Königsschießen, welches zeither und in ruhigen und friedlichen Zeiten in den Pfingstfeiertagen abgehalten wurde, künftig nur an dem Geburtstage unseres allernädigsten Königs, den 3. August jeden Jahres zu feiern. Da jedoch im Monat August bei uns die Getreide-Ernte stattfindet und die meisten der hiesigen Bürger und Schühen-Mitglieder mit Grundstücken besessen sind, wo sie eine Zeit von 3 Tagen, als so lange das Königsschießen mit Inbegriff der übrigen dabei vor kommenden Feierlichkeiten gewöhnlich dauert, bei ihrer ländlichen ökonomischen Lebensart, dem Vergnügen nicht widmen können, so ist durch den Inspektor und Altesten der Schühen-Gilde dieserhalb bei uns Vorstellung eingereicht und dahin angebracht worden, daß aus den angeführten Gründen dasselbe ferner zu Pfingsten zu halten verstattet werde, wogegen sie den 3. August durch ein solemes Scheibenschießen und andern Auszeichnungen auf die angesehenste Art feiern wollen. Eine p. überreichen wir von dieser Vorstellung Abschrift in der Anlage und submittieren dieserhalb ganz ergebenst auf hohe Vorbereitung.

Tarnowitz, den 13. April 1816.

Der Magistrat.
Drescher.

Die Bitte wurde höheren Orts genehmigt und das Königsschießen wurde wie immer an Pfingsten abgehalten.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Dante-Jubiläum.

Eine Betrachtung der "Göttlichen Komödie".

Dante Alighieri starb am 14. September 1321, also vor 600 Jahren. Daß er der Dichter der "Göttlichen Komödie" war, im Mittelalter lebte und in Florenz geboren wurde, halten wohl die meisten Menschen für genügendes Wissen über den großen Italiener. Ja, es gibt manche, die ihr "Modernstein" soweit steigern können, daß sie mit den Schlagern sämtlicher jüngst über die Bretter gegangenen Operetten besser zu renomieren glauben, als mit dem Verstehen des unvergleichlichen Werkes, das da vor einem halben Jahrtausend geschrieben wurde.

Hat es in der Tat Sinn, ein Dante-Jubiläum in großer Aufmachung, quasi als "volkstümliche" Dichterehrung zu feiern, wo doch die große Masse die "Divina Commedia", von den anderen Schriften Dantes ganz zu schweigen, im Bücherschrank verstauben läßt? O ja, es hat Sinn. Des Florentiners Werk ist nicht nur ein historisches, belehrendes Sittenbild des mittelalterlichen Italiens, nicht nur ein religiöses Epos, nicht nur eine moralisch-philistrische Abhandlung von Höllenspur und Fegefeuer für Untaten der Menschen, — nein, die Göttliche Komödie ist eine zeitgemäße Dichtung. Zeitgemäß für das 20. Jahrhundert! Zeitgemäß immerdar. Sie ist ein Epos der Erlösung, ein Werk, das allen durch die Stürme politischer, religiöser und kultureller Verirrung den sicherer Weg zum Ziele der Veredelung des Menschen zeigen kann. Das wahrhaft Göttliche, das der Mensch genießen darf, wenn er, losgelöst von allen Dingen schwatzgemalten Seins, sittliche Reinheit empfindet und hinter ihm in "wesenlosem Schein" all das "Gemeine" des Alltags liegt, wird ihm, wenn er solche Läuterung dem Werke eines weit über die Grenzen seines Landes bekannten Dichters verdankt, das Verstehen für den Wert der "Göttlichen Komödie" erleichtern. Wenn wir in den heutigen unruhigen Tagen im deutschen Volke Dantesche Auffassung dem Rahmen der neuen Zeit angepaßt unser eigen nennen könnten, so sind sittliche Degeneration u. materialistischer Egoismus in den Staub geschlagen.

Unser Volk hat ein Anrecht auf Gesundung, ein Recht auf Wiederaufstieg und Größe. Eine Etappe auf dem Wege hierzu ist die Ehrfurcht vor dem Erhabenen und Reinen, dessen der Mensch fähig sein soll. Und hierzu wiederum ist die Dantesche Komödie dem deutschen Volke ein göttliches Geschenk.

Wie Wilhelm II. nach Holland kam.

Eine authentische Erzählung des Grenzübertretts.

Die Gattin des ehemaligen englischen Gesandten im Haag Lady Suzanne Tornley veröffentlichte heute in "Weekly Dispatch" Erinnerungen über die Ankunft des früheren Kaisers auf holländischem Boden. Ein paar Tage nach dem historischen Ereignis ließ sie sich alle Einzelheiten von dem holländischen Soldaten erzählen, der das Tor zu bewachen hatte durch das Wilhelm 2. seinen Einzug in Holland hielt.

Der Grenzwächter von der Station Eysdam hatte an jenem Tage um $\frac{1}{2}$ Uhr morgens Dienst, als ein Auto in schneller Fahrt an der belgischen Seite vorfuhr und am Tor hielt. Ein deutscher Offizier sprang ab und wendete sich an den Soldaten mit der Aufforderung, den Wagen passieren zu lassen.

"Das ist unmöglich", sagte der Soldat.

"Aber ich verlange die Durchfahrt", beharrte der Offizier. "Der deutsche Kaiser ist hier und man muß ihm gestatten, seine Reise nach Holland fortzusetzen."

Der Soldat glaubte nicht die unwahrscheinliche Behauptung, daß der deutsche Kaiser nach Holland zu kommen wünsche, und gab seinem Zweifel Ausdruck. Gleichzeitig wiederholte er, daß er keinen deutschen Offizier durch das Tor lassen dürfe. Es stieg noch ein zweiter Offizier aus dem Wagen und kam heran.

"Ich wünsche sofort zu passieren", sagte er. "Sie kennen mich sicher, ich bin der deutsche Kaiser."

Bei diesen Worten richtete der Grenzbeamte sich auf und sah, daß es tatsächlich der Kaiser war. Trotzdem beharrte er auf dem Standpunkt und erklärte, er dürfe seine Pflicht nicht verleihen und erwiederte:

"Ich sehe, Sie sind der Kaiser, aber meine Order lautet, niemandem die Durchfahrt zu erlauben."

Der Kaiser: "Wer hat Ihnen diesen Befehl gegeben?"

"Mein Hauptmann."

"Wo ist er?"

"Dort drüber in der Wachtstube", sagte der Soldat und zeigte auf ein weißes Häuschen in einiger Entfernung. "Er schlafet jetzt."

"Rufen Sie ihn und sagen Sie ihm, daß der deutsche Kaiser hier ist und die Grenze zu passieren wünscht."

"Tawohl, ich rufe ihn, aber erst muß ich das Tor schließen", sagte der standhafte Holländer. Er ging zu seinem Hauptmann und erklärte ihm, daß der deutsche Kaiser ihn zu sprechen wünsche, der noch immer auf der belgischen Seite wartete. Der Hauptmann wiederholte, was der Soldat gesagt hatte, nämlich, daß er dem Kaiser ohne ausdrücklichen

Befehl nicht erlauben könne, holländisches Gebiet zu betreten. Über er fügte hinzu, daß er sich telephonisch nach dem Haag um Informationen wenden wolle.

"Das wird einige Zeit dauern", sagte der Kaiser. "Ich kann nicht am Bege stehen bleiben, bringen Sie mich an einen anderen Ort, wo ich warten kann."

Der Hauptmann ging zum Stationsvorsteher und fragte, ob er die Verantwortung für die Anwesenheit des Kaisers auf seiner Station übernehmen wollte. Beide kamen zum Kaiser zurück, und das Tor wurde geöffnet und der kaiserliche Flüchtling betrat holländischen Boden, wo er seinen Degen abgab. Hauptmann und Stationsvorsteher gingen dann zum Bahnhof. Hier wartete der Kaiser sechs Stunden, während der Hauptmann nach dem Haag telephonierte, daß der Kaiser sich in Holland befindet und auf holländischem Gebiet vor seinem eigenen Volke Sicherheit zu suchen wünsche.

Zur Zeitgeschichte.

Parteiläufe in Preußen.

Werken die Parteien, daß immer mehr Deutsche — unbeschadet der Fluktuation von der Mitte nach rechts und links — der Parteien, ihres Gezänks, ihrer Zerrissenheit müde werden? Die geistige Spaltung im Volke, das Sich-nicht-verstehen-können und Nicht-verstehen-wollen, das in verschiedenen Sprachen Aneinander-vorbeireden, war das Elend, das Deutschland als eine der tiefsten Ursachen einer zusammenhanglosen Politik zum Kriege und im Kriege zur Niederlage führte. Dieses alte Elend dauert fort. Ja, es hat sich womöglich noch verschärft. Das parlamentarische Regime hat die Parteien rechts und links und ihre Geflogenheiten noch nicht zu wandeln vermocht. Wenn es auch nur natürlich ist, daß eine Niederlage desorganisierend wirkt — die Anfänge einer Besserung können sich gleichwohl zeigen. Man hoffte von Neuwahl zu Neuwahl auf eine Besserung, vergeblich. Die Parteien scheinen in Deutschland nun einmal nicht entwicklungsfähig, und das herrschende Wahlrecht, die Maschinerie auf Kosten der Personen stärkend, wirkt vollends versteinernd. Diese traurigen Tatsachen kann gerade diese Zeitschrift nicht leugnen, die ihre Entstehung nicht parteipolitischen Bedürfnissen, sondern nur dem Wunsche verdankt, an der geistigen Einheit der Nation zu arbeiten, deren ein geschlagenes Volk doppelt bedarf, wenn es nicht politisch nur als Kadaver verwesen soll.

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald hat in dem deutschen Gewerkschaftsbund die nicht an die sozialdemokratische Partei gefesselten Angestellten- und Beamtenverbände vereinigt und in wiederholten Kundgebungen die Idee der Volksgemeinschaft über das parteipolitische Interesse gestellt. Wir stehen nicht an, hier den Anfang einer Besserung, den Keim einer neuen Hoffnung zu sehen. Aber gerade die Kämpfe, die um die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten entbrannt sind, zeigen die ganze Kraft des alten Elends. Die Sozialdemokraten laufen Sturm. Warum? Weil sie nicht dabei sind. Sie sind nicht dabei, weil sie mit anders Denkenden nicht zusammenarbeiten wollen und sich durch ihre Ablehnung der Volkspartei herausmanövriert haben. Eine solche Ablehnung kann man sich leisten, wenn man die Mehrheit hat. Nun sind sie verärgert und wollen gegen jeden Augenschein Herrn Stegerwald zu einem Reaktionär stempeln. Für Herrn Heilmann, einen geistvollen Vertreter jener Art von Politikern, für die die Partei alles, der Staat nichts ist, wird das Gesindnis Stegerwalds, daß er zuerst Deutscher, dann erst Parteimann sei, zu einer nationalistischen Phrase. Knabenhafter Unsug. Herr Stegerwald, sagt die Linke, wird von der Rechten unterstützt, also ist er ein Reaktionär. Er wird von der Linken bekämpft, sagt die Rechte, also unterstützen wir ihn. Ein jeder startt nur auf den Gegner und weiß dann, was er zu denken und zu tun hat: nämlich das Gegenteil. Es fällt dem Vorwärts nicht ein, die "Kreuzzeitung" nachzudrucken, wenn sie in irgend einer Frage einmal recht hat. (Das kommt nämlich vor.) Es fällt auch der Kreuzzeitung nicht ein, einmal zuzugestehen, daß der Vorwärts einmal recht haben könnte. (Und doch kommt auch das vor.) So wird das Volk auseinandergeredet und auseinander geschrieben, statt daß man die Sachen selbst, die das Volk zusammenführen, reden und wirken läßt.

Es erscheint uns die vornehmste Aufgabe der demokratischen Partei, einer derartigen Politik, die die Voraussetzun-

gen der echten Demokratie zerstört, entgegenzuwirken und der geistigen Einheit der Nation durch eine rein sachliche Politik den Boden zu bereiten. Wir bedauern mit der Frankfurter Zeitung die Oppositionstellung der Sozialdemokratie in Preußen, sind aber nicht geneigt, um dieser selbstverschuldeten Opposition willen, Herrn Stegerwald zu einem Reaktionär und Nationalisten und seine Politik zu einer Sammlungspolitik Heydebrandschen Angeklagens stempeln zu lassen. Die Sozialdemokratie ist insbesondere in Preußen zu schlecht geführt und hat durch ein System unsachlicher Patronage die notwendige Demokratisierung der Verwaltung zu sehr kompromittiert, als daß die Demokratie in Preußen die Wege des Herrn Heilmann wandeln könnte.

Abrüstung?

Der Völkerbund bereitet sich auf seine zweite Bundesversammlung vor. Es gilt, drohenden Konflikten nach Möglichkeit vorzubeugen. So reaktionär auch der Feindbund selbst ist, in diesem etwas erweiterten Kreise könnten wieder fortschrittliche Geister auftauchen, und, wie im Vorjahr, an der Rücksichtigkeit der neuen Weltregierung unfreundliche Kritik üben. Wo ist der Weltfrieden geblieben, der den Völkerbund mitten im Kriege verheißen wurde? Die Pariser Friedenskonferenz hat ihn nicht gebracht. Seit mehr als einem Jahre sucht der Völkerbund vergebens den Streit zwischen Polen und Litauen zu lösen. Das von Beligowski, dem polnischen d'Annuncio, dem Korsanth des Ostens, geraubte Wilno starrt noch immer von Bajonetten. Griechen und Türken führen in Kleinasien einen regelrechten Krieg. Im fernen Osten ziehen sich schwere Gewitterwolken zusammen. Selbst die Befriedigung des kriegsmüden Europas hat noch keine großen Fortschritte gemacht.

Die beiden großen Hilfsmittel zur Erhaltung des Weltfriedens sind Abrüstung und Schiedsspruch. Die Satzung des Völkerbundes schreibt sie vor. Die Schiedsgerichtsarbeit versagt aber, weil die alliierten Hauptmächte sich ihr entziehen, wo sie ihren Spruch fürchten, insbesondere dann, wenn sie den Versailler Vertrag verletzt haben. Kleinere Staaten folgen ihrem schlechten Beispiel. Auch hinsichtlich der Abrüstung blieb die Bundesatzung Papier. In Europa sind noch nirgends die Rüstungen freiwillig oder planmäßig vermieden worden. Die Abrüstungspläne, die der Rat des Völkerbundes (v.a. Artikel 8, Absatz 2) entwerfen soll, wurden noch immer nicht den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt. Selbst die (in Artikel 8, Absatz 5) vorgesehene Aufsicht über die private Herstellung von Munition und Kriegsgerät ist nicht durchgeführt worden. Die Bundesmitglieder haben auch nicht ihre Verpflichtung erfüllt, "sich in der offensiv und erschöpfendsten Weise gegenseitig jede Auskunft über den Stand ihrer Rüstungen usw. zukommen zu lassen". Alle die Vorschriften der Bundesatzung sind seit anderthalb Jahren in Kraft, ohne Beachtung gefunden zu haben.

Angesichts der Einladung Hardings zur Pacific-Konferenz nach Washington zeigte die Genfer Abrüstungskommission einen gewissen Optimismus hinsichtlich der Rüstungseinschränkung zur See: England, das den two-power-standard längst aufgeben mußte, kann den Wettbewerb nicht länger ertragen. Dagegen wiesen Vertreter der Hauptmächte darauf hin, daß zu Lande noch die größte "Vorsicht" geboten sei — solange Deutschland und Russland noch außerhalb des Völkerbundes stünden. Die Alliierten, Frankreich in erster Linie, glauben der gesteigerten Wehrmacht für ihre politischen Ziele nicht entrinnen zu können. Der Friede Europas ist von einer Gruppe kurzfristiger Chauvinisten auf Flugsand aufgebaut worden. Kein Rechtsgrundsatz und kein ethischer Gedanke liegt ihm zugrunde. Er wird nur durch die Gewalt der Bajonette aufrecht erhalten. Ein wahrhafter Friede kann nur durch politischen Ausgleich herbeigeführt werden.

Diesen streben die Vereinigten Staaten für den Fragenkreis des Stillen Ozeans an. Verminderung der Rüstungen zur See soll, wenn möglich, zur Verständigung über die großen politischen Fragen, über die nationalen Bestrebungen und wirtschaftlichen Interessen hinzu kommen. Ein allseitig befriedigender Vergleich zur Beseitigung der politischen Gegenstände ist jedoch Voraussetzung jeder weiteren Abmachung. Dasselbe gilt für Europa und die Abrüstung zu Lande, die Schicksalsfrage unseres Erdteils. Sie wird nicht eher zu lösen sein, als bis das Pariser "Friedens"werk vernichtet wurde.